Menschenrechtler: Vorwurf von Kriegsverbrechen der Türkei prüfen

21. Februar 2018

Göttingen (KNA) Forderung einer Untersuchungskommission wegen Kriegsverbrechen der Türkei.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) fordert eine Untersuchungskommission wegen Kriegsverbrechen der Türkei in Nordsyrien. „Die internationale Staatengemeinschaft darf die alarmierenden Berichte von Ärzten und Augenzeugen über einen möglichen Giftgaseinsatz der türkischen Armee im nordsyrischen Afrin nicht ignorieren“, erklärte der GfbV-Nahostreferent Kamal Sido am Dienstag in Göttingen.

Immer wieder werde von Hinrichtungen gefangener Kurden durch das türkische Militär oder verbündete islamistische Milizen berichtet, so die Menschenrechtsorganisation. „Auch das sind schwere Kriegsverbrechen. Wenn gegen einen Nato-Partner solche Anschuldigungen erhoben werden, muss ihnen unbedingt nachgegangen werden. Da reicht es keinesfalls aus, sich mit Dementis der Türkei zu begnügen“, so Sido. Viele Behauptungen der türkischen Regierung seien „Augenwischerei“. Als Beispiel nannte der Experte die ständig wiederholte Beteuerung, in Afrin würden keine zivilen Ziele angegriffen.

(KNA – skmmk-89-00035)

Stand: 13. November 2026